Aachener Zeitung

SAMSTAG, 25. JUNI 2022 · 77. JAHRGANG



Gladbachs Sportdirektor Roland Virkus gibt Einblicke in sein Seelenleben

Sport



Der neue FreizeitGuide bietet spannende Touren

Spezial



Rücktritt bei Tui Fritz Joussen verlässt den Reiseveranstalter vorzeitig

Wirtschaft

AACHEN

Springsport und mehr beim CHIO

Schon am Wochenende können Besucher in der Soers kostenlos Springsport auf dem CHIO-Gelände erleben. Und dazu beim Soerser Sonntag jede Menge Unterhaltsames und Kurioses. Zum Beispiel einen Düsenjet, der neben dem geöffneten Ladendorf parkt. Pilot Steve Miller hat das Flugzeug mit Techniker Chuck Gremes per Sattelschlepper herantransportiert. Tonnenschwer, sieben Sitze, 555 Stundenkilometer schnell. Wer Geld übrig hat, kann den Jet auch kaufen... > Seite 15

WETTER



> Bunte Seite

TELEGRAMME

Lange Schlangen zum Ferienstart in NRW

DÜSSELDORF Als erstes Bundesland haben in NRW am Freitag die Ferien begonnen. Die rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler erhielten ihre Zeugnisse, ehe der Unterricht für gut sechs Wochen unterbrochen wurde. Für viele Familien ging es direkt ab in den Urlaub. Auf den Autobahnen wurde es am frühen Nachmittag langsam voller. An den Flughäfen in Düsseldorf und Köln bildeten sich lange Warteschlangen bei der Gepäckaufgabe und an den Sicherheitskontrollen. Am Flughafen Köln/Bonn mussten Reisende am fruhen Nachmittag allein an den Sicherheitskontrollen bis zu zwei Stunden warten. (dpa)>Region

Kunstmesse Tefaf öffnet wieder ihre Pforten

MAASTRICHT Erstmals seit mehr als zwei Jahren findet die Kunstmesse Tefaf in Maastricht wieder in Präsenz statt. Sie gilt als wichtigste Messe für alte Kunst und zählt dieses Mal 242 Aussteller, die von heute bis einschließlich Donnerstag Werke aus 7000 Jahren Kunstgeschichte anbieten. Die Tefaf hatte zuletzt im März 2020 stattgefunden, war wegen Corona aber bereits verkürzt worden. 2021 fiel die Präsenz-Messe aus, in diesem Jahr wurde sie noch einmal von März auf Juni verschoben und ist nun drei Tage kürzer. Nächstes Jahr soll sie wieder im März öffnen. Die Auktionshäuser haben während der Corona-Pandemie überwiegend auf Online-Versteigerungen umgestellt. Dadurch fanden auch jüngere Menschen eher einen Zugang zu > Kultur Kunst. (dpa)

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

0241 5101-701

Mo.-Fr. 6.30 -17 Uhr, Sa. 6.30 -12 Uhr

kundenservice@medienhausaachen.de

Zentrale Medienhaus:

0241 5101-0

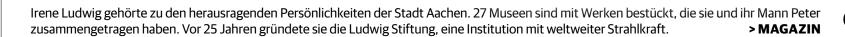
Mo.-Fr. 7.30 -17 Uhr

www.aachener-zeitung.de/kontakt





Alle Augen auf Irene Ludwig



Bürgertests sollen drei Euro kosten

Der Bund schränkt den milliardenteuren Service der kostenlosen Testmöglichkeiten ab kommender Woche ein. Dominierende Variante BA.5 beeinflusst Corona-Sommerwelle.

BERLIN Das Angebot mit kostenlosen Corona-Schnelltests für alle geht zu Ende. Gratis bleiben "Bürgertests" ab kommenden Donnerstag nur noch für bestimmte Risikogruppen – in der Regel sollen künftig drei Euro aus eigener Tasche pro Test fällig sein. Das teilte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) am Freitag nach einer Einigung mit Finanzminister Christian Lindner (FDP) mit. Die Regelung soll die Milliardenkosten für den Bund reduzieren. Die Länder sollen den Drei-Euro-Bürgeranteil übernehmen können, wenn sie das wunschen. Lauterbach sprach von einer insgesamt "guten Lösung". Die Bürgertests gingen nach Auslaufen der bisherigen Verordnung Ende Juni lückenlos weiter, was strittig gewesen sei. Die Tests sollten gezielter dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen hätten. Lauterbach machte kein Hehl daraus, dass er kostenlose Bürgertests für alle gerne weitergeführt hätte. Bisher hat damit jeder auch ohne Symptome oder konkreten Anlass Anspruch auf mindestens einen Schnelltest pro Woche durch geschultes Teststellen-Personal und auf eine Bescheinigung.

Gratis-Tests: Kostenlose Schnelltests sollen weiter für vulnerable Gruppen möglich sein, erläuterte Lauterbach. Darunter sind auch Kinder bis fünf Jahre, Frauen zu Beginn der Schwangerschaft, Besucher von Kliniken und Pflegeheimen, Haushaltsangehörige von Infizierten, Bewohner von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sowie Menschen, die sich nicht impfen lassen können. Vorgesehen sein soll, jeweils Nachweise vorzulegen, dass man berechtigt ist - etwa per Ausweis oder Pass, mit Bescheinigungen, Vordrucken oder Attesten.

Drei-Euro-Tests: Mit drei Euro Zu-

zahlung sollen Tests demnach in weiteren Fällen zu haben sein zum Beispiel vor Konzertbesuchen in Innenräumen oder vor größeren Familienfesten.

Die Bezahlung: Bürgerinnen und Bürger können die drei Euro in der Teststelle oder Apotheke ganz normal bar oder per Karte bezahlen. Für die Anbieter soll der "Erstattungspreis" von 11,50 Euro auf 9,50 Euro gesenkt werden: Zu den drei Euro kommen also noch 6.50 Euro vom Bund. Die Länder hätten die Möglichkeit, den Anteil der Bürger an den lests zu übernehmen, sagte Lauter bach. Dies sei auch eine Möglichkeit,

ÜBERMITTLUNG VON CORONA-FÄLLEN AN DAS RKI

NRW: Keine Zahlen mehr am Wochenende

Trotz steigender Corona-Zahlen

ändert NRW seinen Umgang mit Meldungen an das Robert Koch-Institut. Das erfuhr unsere Redaktion vom NRW-Gesundheitsministerium von Karl-Josef Laumann (CDU). Das Land passe sein Vorgehen bei der

Übermittlung an die bundesweite Praxis an, sagte ein Ministeriumssprecher unserer Redaktion.

An Samstagen, Sonntagen sowie Feiertagen registrierte Infektionen würden nachträglich am nächsten Arbeitstag übermittelt. Mit dieser Praxis werde an diesem Wochenende gestartet. (maxi)

etwa auf größere Corona-Ausbrüche zu reagieren. Die Länder-Ressortchefs hatten allerdings erst am Vortag nach einer Konferenz mit Lauterbach signalisiert, dass sie keine Spielräume für eine Kostenbeteiligung sähen.

Variante BA.5: Die noch leichter übertragbare Omikrom-Sublinie BA.5 ist wie erwartet nun auch nach offiziellen Daten vorherrschend in Deutschland. Der Anteil in einer Stichprobe von vorletzter Woche lag bei 50 Prozent, wie aus dem Wochenbericht des Robert Koch-Instituts (RKI) hervorgeht. Derzeit ist bereits von hoheren Werten auszugehen. Dies treibt die Corona-Sommerwelle an. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag laut RKI nun bei 618,2 - nach 532,9 gemeldeten Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen am Vortag und 427,8 vor einer Woche. In dem RKI-Wochenbericht heißt es, die Belastung des Gesundheitsversorgungssystems, insbesondere im intensivmedizinischen Bereich, sei in der vergangenen Woche wieder leicht angestiegen. Virologe Christian Drosten rechnet nach den Sommerferien mit einer hohen Zahl neuer Fälle. (dpa/afp)

Bundestag: Ende des Werbeverbots für Abtreibungen

2,20 Euro

BERLIN Der Bundestag hat die Abschaffung des sogenannten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche beschlossen. Für die Streichung des Strafrechtsparagrafen 219a stimmten die Koalitionsfraktionen sowie die Linksfraktion. Union und AfD votierten dagegen. Paragraf 219a verbietet bislang die "Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft". Praxen und Kliniken war dadurch etwa untersagt, ausführlich über unterschiedliche Methoden der Abtreibung zu informieren. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) nannte die Abschaffung des Paragrafen überfällig. (afp)

Oliver Krischer wird in NRW Umweltminister

DÜSSELDORF Bundestagsmitglied Oliver Krischer von den Grünen wird Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr in NRW. Das hat der Dürener am Freitagnachmittag auf seinem Twitter-Account verkündet. Die Parteichefin der Grünen, Mona Neubaur, soll derweil das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klima und Energie in NRW leiten. Das gaben die Grünen in Düsseldorf bekannt. Am heutigen Samstag stimmen Parteitage von CDU und Grünen über den ersten schwarz-grünen Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen ab. (red)

Finanzminister Lindner für mehr Überstunden

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat sich für mehr Überstunden der Deutschen in der wirtschaftlich angespannten Lage ausgesprochen und wird für diese Aussage von der Linken-Fraktion kritisiert. Lindner hatte zuvor massive Steuererhöhungen abgelehnt, weil diese seiner Meinung nach der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes schaden würden. Der FDP-Politiker plant derzeit den Bundeshaushalt für das kommende Jahr. (red) > Meinung

Kiew ordnet Rückzug aus Sjewjerodonezk an

Russische Truppen erzielen militärische Erfolge. Der Kreml respektiert EU-Entscheidung zum Kandidatenstatus der Ukraine.

KIEW/MOSKAU Vier Monate nach Kriegsbeginn hat die Ukraine den Rückzug ihrer Truppen aus der umkämpften Stadt Sjewjerodonezk im Osten des Landes angeordnet. Das sagte der Gouverneur des Gebiets Luhansk, Serhij Hajdaj, am Freitag im Fernsehen. Sjewjerodonezk zählte bislang zu den letzten Teilen der Region Luhansk, die noch nicht von russischen und prorussischen Kämpfern erobert waren.

"Es ist jetzt eine Situation, in der es keinen Sinn ergibt, in zerschlagenen Stellungen auszuharren", so Hajdaj. Die Zahl der Toten würde dann stark steigen. "Deshalb haben unsere Verteidiger, die dort sind, bereits den Befehl erhalten, sich in neue Positionen zurückzuziehen und von dort aus normale vollwertige Militäroperationen durchzuführen." Den Angaben des Gouverneurs zufolge sind in Sjewjerodonezk mittlerweile bis zu 90 Prozent der Häuser zerstört. Sollte Luhansk komplett fallen, hätte der Kreml eines seiner wichtigsten Kriegsziele erreicht.

Anschlag in Cherson: Im südukrainischen Gebiet Cherson ist ein Mitarbeiter der russischen Besatzungsverwaltung bei einem Anschlag getötet worden. Russischen Medienberichten vom Freitag zufolge detonierte eine Bombe im Auto des Mannes. Details waren zunächst nicht bekannt. In dem besetzten Gebiet kam es in den vergangenen Tagen mehrfach zu Anschlägen auf ukrainische Überläufer.

Angaben des Chefs des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Kyrylo Budanow, zufolge war etwa am Mittwoch der Parlamentsabgeordnete Olexij Kowaljow Ziel eines Anschlags geworden. Der 33-Jährige war Ende April aus der Fraktion der ukrainischen Präsidentenpartei wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit den russischen Besatzern ausgeschlossen worden. Über seinen Verbleib wurde nichts bekannt.

Nahrungsmittelknappheit: Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat Russland vorgeworfen, den Hunger in der Welt "ganz bewusst als Kriegswaffe" einzusetzen. Russland "nimmt die ganze Welt als Geisel", sagte Baerbock am Freitag vor Beginn einer internationalen Ernährungskonferenz in Berlin. 345 Millionen Menschen weltweit seien derzeit von Nahrungsmittelknappheit bedroht, die Hungerkrise baue sich "wie eine lebensbedrohliche Welle vor uns auf". Aber erst Russlands Krieg habe "aus dieser Welle einen Tsunami gemacht".



In Siewierodonezk müssen sich die ukrainischen Truppen nach schweren Gefechten zurückziehen.

Europäische Union: Unterdessen hat der Kreml die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau als "innere Angelegenheit" Europas bezeichnet. "Das sind innere europäische Angelegenheiten", sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow in Moskau. Für Russland sei es "sehr wichtig, dass uns all diese Prozesse nicht weitere Probleme bereiten und weitere Probleme in den Beziehungen zwischen diesen Ländern und uns schaffen".

Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine hatten die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten am Donnerstag sowohl der Ukraine als auch Moldau den Kandidatenstatus verliehen. Die Entscheidung ist der Beginn eines langen und komplexen Prozesses.

(dpa/afp) > Meinung